

BASLER
FREISINN
Selber entscheiden.

Schlussspurt in Riehen

Gemeindewahlen am 6. Februar

Konstruktive Opposition

 Präsident Johannes Barth zu den Herausforderungen für die FDP im Jahr 2022. **Seite 3**

Riehener Wahlen

Seiten 4–6

Der 1. Parteitag vom 17. Januar 2022

 So wurden die Parolen gefasst. **Seite 7**

Steter Wahlkampf bedingt stete Kommunikation

 Vizepräsident Elias Schäfer schreibt über die vom Vorstand geplanten Massnahmen. **Seite 8**

Danke, Markus Grolimund

Seite 8

Ein Blick auf unsere Leute in Bettingen

Seite 8

FDP-Meinung zum Kantonsbudget 2022

 Grossrat Mark Eichners Votum namens der FDP-Fraktion zum Kantonsbudget 2022. **Seite 9**

Individualbesteuerung für alle

 Tamara Alù, Präsidentin FDP Frauen Basel-Stadt, ist für die Individualbesteuerung. **Seite 10**

Kantonale Steuern runter

 Grossrat Luca Urgese legt dar, wieso trotz Corona eine Steuersenkung möglich sein muss. **Seite 10**

Nachruf Roland Rudolf Vögli

Seite 11

«Fäade zieh» im Kleinbasel

Seite 11

Das läuft bei der FDP Grossbasel Ost

Seite 11

Neue Rubrik «Dasch myni Mainig»

Seite 12

Aberau

Seite 12

Unsere Parolen

Abstimmung vom 13. Februar
Zwei Initiativen gefährden den Standort Basel massiv: die Versuchsverbotsinitiative und die Primatenvorlage. Beide bitte unbedingt ablehnen!

Edgenössische Abstimmungsvorlagen

Versuchsverbot: Volksinitiative vom 18. März 2019 «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» **NEIN**
Tabakwerbeverbot: Volksinitiative vom 12. September 2019 «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» **NEIN**
Stempelabgaben: Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG) **JA**
Medienfinanzierung: Bundesgesetz vom 18. Juni 2021 über Massnahmenpaket zugunsten der Medien **NEIN**

Kantonale Abstimmungsvorlage

Primateninitiative: Kantonale Volksinitiative «Grundrechte für Primaten» **NEIN**


Inhalt

- 3 Konstruktive Opposition
- 4–6 Riehener Wahlen
- 7 Der 1. Parteitag 2022
- 8 Wahlkampf/Kommunikation
Danke, Markus Grolimund
Ein Blick auf unsere Leute
in Bettingen
- 9 FDP-Meinung zum
Kantonsbudget 2022
- 10 Individualbesteuerung für alle
Kantonale Steuern runter
- 11 Nachruf Roland Rudolf Vögtli
«Fääd zieh» im Kleinbasel
Das läuft bei der FDP
Grossbasel Ost
- 12 Neue Rubrik: «Dasch myni
Mainig»/Aberau
- 13 NR Daniela Schneeberger setzt
sich für Wohlfahrtsfonds ein
- 14/15 Bundespräsident Ignazio Cassis
im Interview
- 16 Legislatur-Halbzeit in
Bundesbern
- 17 Erfolgreiche Wahlen im Kanton
Freiburg
- 18 Abschaffung der
Emissionsabgabe stärkt KMU
- 19 Tabakwerbeverbotsinitiative
schießt übers Ziel hinaus
- 20 Tierversuchsverbotsinitiative
bedroht Forschung
- 21 Politik gehört auf die Strasse
- 22 ALDE-Workshop in Warschau
- 23 Vermischtes

Kantonalteil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel

T: 069 933 90 90 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch



Wir übernehmen Verantwortung

Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteiprääsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier-

und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Die konstruktive Opposition

Johannes Barth, Präsident



Foto: Pino Covino

Das Jahr 2022 geht politisch bereits mit Vollgas los. Dabei wollen wir Freisinnigen nicht abseits stehen. Zwar mussten wir wegen Omikron den Parteitag leider digital durchführen, aber wir hoffen, dass dies die letzte Covid-Etappe ist.

Auftakt des neuen Wahlzyklus in Riehen

Am 6. Februar 2022 geht es in Riehen um die Wahl des Gemeinderats und des Gemeindepräsidiums sowie des Einwohnerrates. Unsere Sektion Riehen-Bettlingen hat sich toll ins Zeug gelegt. Wir hoffen, dass sie – wie bei den Grossratswahlen – ein gutes Resultat einfahren kann. Mehr dazu lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Auch wichtig: Individualbesteuerung

Dann ist da die im letzten Jahr durch die FDP Frauen lancierte Volksinitiative «Für eine zivilstands-unabhängige Individualbesteuerung», auch Steuer-gerechtigkeitsinitiative genannt, die wir voll unterstützen. Die neue Präsidentin der FDP Frauen, Tamara Alù, schreibt darüber auf Seite 10.

Steuern für Mittelstand senken

Hinzu kommt die Motion von FDP-Grossrat Luca Urgese betreffend attraktivem Steuerumfeld für Familien und Fachkräfte. Das wird in Basel-Stadt ein Thema sein, insbesondere wenn es darum geht den Kanton als attraktiven Wirtschaftsstandort in die Zukunft zu führen. Basel-Stadt ist einer der wenigen Kantone mit konstantem Überschuss, dies nicht zuletzt dank unserer Pharmariesen. Diesen Vorteil sollten wir nutzen und gezielt Steuern senken, um unseren Kanton jetzt für weitere wichtige Steuerzahler attraktiver zu machen.

Opposition bedeutet nicht «Untätigkeit»

Unsere Oppositionsrolle zwingt uns keinesfalls zur Untätigkeit. Vielmehr wollen wir konstruktiv und wegweisend sein in der demokratischen Diskus-

sion. Das klar zu vertreten, sind wir unserer Basis schuldig, aber auch denen, die bei der links-grünen Politik mehr und mehr die Fassade bröckeln sehen und sich unverstanden fühlen. Mit Kompetenz, konsequenten Positionen und konstruktiven Vorschlägen werden wir glaubwürdig auftreten.

Die Kernthemen bleiben

Unsere Kernthemen und -kompetenzen sind nach wie vor: wirtschaftsfreundliche Politik; starke und gute, aber zahlbare Bildung; hochwertiges, aber effizientes Gesundheitssystem; moderne Mobilität; Integration für ein offenes, internationales Basel mit Zukunft.

Wohnschutz und Mindestlohn werden schaden

Leider sind im letzten Jahr wichtige Abstimmungen nicht in unserem Sinne verlaufen und unser Kanton wurde in vielen Bereichen bürokratischer, satt und selbstgefällig. Grosse Bedenken habe ich bezüglich der Umsetzung der «echten» Wohnschutzinitiative, die Renovationen und den Bau moderner Liegen-schaften massiv erschweren wird. Dies macht unsere Stadt sicherlich nicht attraktiver für zusätzliche oder neue Investitionen, wie auch der kontraproduktive Mindestlohn für manche Unternehmen standortbezogen abschreckend wirken wird.

Was darf alles «gratis» sein?

Zu den Herausforderungen in diesem Jahr gehören sicherlich die Klimagerechtigkeitsinitiative und die Abstimmungen zu Gratis-ÖV und Gratis-Kitas. Vor allem ist viel «gratis vom Staat» enthalten, dem wir als Freisinnige Einhalt gebieten müssen. Der links-grünen Umverteilungspolitik muss jedenfalls entschieden entgegengetreten werden.

Die Klimadebatte wird bleiben

Weiterhin ist die Klimadebatte ein grosses Thema. Zwar ist klar, dass wir als FDP für einen nachhaltigen Klimaschutz sind, die Art der Umsetzung ist jedoch der grosse Unterschied zu den Parteien mit ihren ideologisch gefärbten Ideen zur Weltrettung.

Klimaschutz muss tragbar sein

Damit Klimaschutz erfolgreich ist, muss er tragbar sein. Durch technologische Entwicklungen in der Energieerzeugung, im Neubau und bei der Mobilität werden jedenfalls bereits viele Punkte des Klimaschutzes umgesetzt. Man sollte jedoch den Zeitraum und die Kosten nicht einfach naiv vernachlässigen und auf den Staat schieben. Das Gewerbe verkauft zwar gerne neue Technologien und

Heizungssysteme, aber gute, funktionierende Anlagen voreilig zu zerstören, macht definitiv keinen Sinn. Anreize schaffen und realistische Ziele setzen! Dafür werden wir uns einsetzen.

Für faire Verkehrspolitik ohne Scheuklappen

Wie auch unser Mitglied Carl Gustav Mez sich äusserte, sind die Glorifizierung des öffentlichen Verkehrs und die Dämonisierung des individuellen Privatverkehrs keine Strategien, die uns in der Zukunft wirtschaftlichen Erfolg und damit auch Wohlstand für alle bringen werden. Wie schnell von einem Teil der Bevölkerung auf den öffentlichen Verkehr verzichtet wird, konnten wir besonders in den Hochphasen der Pandemie beobachten.

Der aktuelle systematische Abbau der Verkehrsflächen für den Individualverkehr im Kanton hat jedoch das Ziel, die individuelle Mobilität – mit Ausnahme der Velos – vom Kantonsgebiet zu verbannen und am liebsten sogar zu verbieten.

Wenn der Fortschritt in den nächsten zwanzig Jahren erreicht, dass der Individualverkehr sich effizient mit elektronisch gesteuerten, leichten und ökologisch nachhaltigen Fahrzeugen bewegt, wird es in Basel schlicht keine Verkehrsfläche mehr dafür geben. Lediglich die raumfressenden, langsamen grünen und gelben Dinosaurier werden sich dann noch durch Stadt und Region quälen – mit starrem Schienen- und Haltestellen-gebundenen Konzept aus dem 19. Jahrhundert.

Stattdessen soll der technologische Fortschritt mit positiv gestalteten Anreizen gefördert werden und auf das grössere Ziel ausgerichtet sein, eine ressourcensparende, ökonomisch und ökologisch optimierte individuelle Mobilität zu ermöglichen. So fördern wir einen wettbewerbsfähigen Standort, der Arbeitsplätze schafft, Talente fördert, Familien hier hält und eine erfolgreiche Zukunft formt.

Abstimmungen vom 13. Februar 2022

Ich empfehle Ihnen, die vom digital durchgeführten Parteitag vom 17. Januar 2022 gefassten Parolen. Besonders wichtig ist ein Nein zur Primateninitiative, da dies den Pharmastandort gefährden würde. Sie finden weiter hinten in diesem Basler Freisinn entsprechende Hinweise und Berichte.

Gerne benütze ich die Gelegenheit, Ihnen und Ihren Lieben im Namen des Vorstandes, ein gutes Jahr 2022 zu wünschen.

Johannes Barth
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Riehen wählt am 6. Februar 2022 Liste 1

Starke Ideen. Starke Politik.

Das sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Riehener Einwohnerrat.



bisher

Carol Baltermia, 1985
MLaw • Jurist • Head Legal
Compliance Roche (Basel
Site) • Präsident FDP Riehen •
Schulrat • Tambour



bisher

Marcel Hügi, 1963
BSB (Bürgerspital) Mitglied
der Geschäftsleitung •
VP Verband SUBB • Tambour
VKB • Mitglied TVR



bisher

Elisabeth Näf, 1955
Siedlungsleiterin •
Berufsfachlehrerin (pens.) •
Fraktionspräsidentin FDP
Riehen • Bürgerrätin



bisher

Dieter Nill, 1954
Techniker • Geschäftsinhaber •
E.E.Zunft zu Weinleuten •
Gewerbeverband BS



bisher

Andreas Zappalà, 1963
lic.iur. • Jurist • Geschäftsführer
HEV BS • Einwohnerratspräsi-
dent • Grossrat • E.E. Zunft
zum Himmel



Silvia Schweizer, 1962
Informatikerin • Unterneh-
merin • Gemeinderätin •
Präsidentin Frauenverein •
Musikakademie Stiftungsrätin



Pascale Alioth, 1972
Direktionsassistentin •
Vorstand FDP Riehen •
Schulrätin • Fasnächtlerin



Noémi Baltermia-Lüdin, 1988
MLaw • Juristin • FDP Frauen
Basel-Stadt • Mutter eines
Sohnes



Madlaina Barth, 1972
Geschäftsführerin Barth •
Services GmbH • Lions Club
Basel Kunsthalle • Tennis Club
Riehen



Nikolaus Bracher, 1987
Bankkaufmann • Abtl.Leitung
Hypoth.plattform • Mitglied
Artillerie-Verein BS



Thomas Coerper, 1963
lic.iur. • Jurist • DaHome
Immobilientreuhand • Lions
Käppelijoch • Präsident QV
Riehen Ost



Denise Gilli, 1966
lic.iur. • Rechtskonsulentin
VSA • Präs. Opferhilfe BS/BL •
Co-Vize FDP Frauen • Refdata
Stiftungsrätin



Oliver Gorzolka, 1986
Küchenchef/Stv. • Verein
Lebensträume, Riehen



Daniela Hintermann, 1962
Dipl. Pflegefachfrau HF •
Wohnbereichsleiterin •
FDP Frauen Basel-Stadt



**Christoph Holenstein-
Tassopoulos, 1971**
Dr.med. • Orthopäde •
Vorstand FDP BS • ehem. GR •
Präsident Belegärzte BB



Liam Jeandrain, 2003
Schüler
Wirtschaftsgymnasium



Matthias R. Keller, 1980
Exekutivdirektor Medika-
mentenentwicklung • Unter-
nehmer, Familienvater



Marco Lussi, 1989
Wissenschaftl. Mitarbeiter •
Richter MG 2 • OGGB •
Schiedsrichter FVNWS



Andreas Müller, 1962
Lehrer • Barbara Club •
Zunft Brodbeck •
Feuerwehr R/B Kdt.aD



David Mumenthaler, 2001
Student
Volkswirtschaftslehre •
Vizepräsident
Jungfreisinnige BS



Barbara Näf, 1983
Dipl. Pflegefachfrau HF •
Fasnächtlerin Barbara-Club •
Mutter von 3 Kindern



Zerina Rahmen, 1990
Dipl. Betriebsökonomin •
Unternehmerin • FDP Riehen
VP • Schulrätin • Mutter einer
2-jähr. Tochter



Beatrice Regli, 1961
Lehrerin und Schulleiterin •
Vorstand Tanz Sport Club
Riehen



Bernhard Regli, 1959
Ing.FH • Leiter Lehrwerkstatt
für Mechanik • Schulrat PS
Gellert • Vorst. FDP • Vorst.
Swissmechanic BB



Thomas Ribi, 1984
Geschäftsführer Ribi
Malergeschäft AG • Maler-
meisterverb. • SMEH Stif-
tungsrat • Mitgl. Kubbaner BS



Franz Rubischung, 1949
Informatiker im Ruhestand •
Mitglied SSC Riehen



Susi Rudin, 1948
Hausfrau • Frauenverein
Riehen Mitarbeiterin •
Mitglied Frauenverein Riehen



Beat Simon, 1966
VRP int. Logistikunterneh-
mung • Harvard B. School
Alumni • VR ONTEGOS AG •
Rotary Club Basel



Christoph Schneider, 1960
Legal & Compliance Counsel •
Helvetia Versicherungen •
Mitglied der Direktion



Dominik O. Straumann, 1966
Bauunternehmer •
VP HEV-BS •
Vorst. HEV-CH • Vorges.E.E
Zunft z. Safran



Bertil Strub, 1954
Senior Consultant Software •
President of Swiss Sourcing
Group • TVR • Procure.ch



Dominik Tschudi, 1990
Dr.iur. • Advokat in einer Wirt-
schaftskanzlei • 1 Tochter •
Fasnächtler • OGGB • Vorstand
FDP BS und Riehen



Stephan Villiger, 1972
Kaufmann CICA SA, Basel •
AKV Raurica • Kassier FDP
Riehen



Daniel Wehrli, 1991
Dipl. Techniker HF
Bauplanung • Aktivmitglied
Handball Riehen

FDP
Die Liberalen
Riehen

Jetzt FDP wählen!

Stake Ideen. Starke Politik.

Felix Wehrli
SVP, bisher

Daniel Hettich
LDP, bisher

Silvia Schweizer
FDP, bisher

Daniel Albietz
Die Mitte, als Gemeindepräsident

Gemeinderatswahlen 2022



Gemeinsam für Riehen

Bürgerliche Allianz in den Gemeinderat mit Daniel Albietz als Gemeindepräsident

Mitten im Wahlkampf

Wir Riehener Freisinnigen stecken zurzeit mitten im Wahlkampf zu den Einwohnerratswahlen. Wir wollen den Schwung aus den letzten Grossratswahlen, als die FDP in Riehen gleich um 2,5 Prozentpunkte zugelegt hat, mitnehmen. Diese klare Unterstützung der Riehenerinnen und Riehener für die FDP motiviert uns, das freisinnige Feuer weiterzutragen.

Breit aufgestellte Liste

Die FDP Riehen-Bettingen startet zu den Einwohnerratswahlen mit einer breit durchmischten und ambitionierten Liste in den Wahlkampf. Diesmal treten wir mit 34 Kandidierenden – 11 Frauen und 23 Männer – zu den Einwohnerratswahlen an. Dieser Zuwachs an Kandidierenden – in den vergangenen Wahlen waren es jeweils 20 Persönlichkeiten – freut und stärkt uns als Freisinnige. Ziel ist es, bei den Einwohnerratswahlen einen Sitz dazuzugewinnen.

Verschiedene Aktivitäten im Wahlkampf

Für den Wahlkampf haben wir von der FDP Riehen-Bettingen uns unterschiedliche Aktionen überlegt. In der Vorweihnachtszeit verteilten wir Gutzi mit FDP-Logos an die Bevölkerung. Im Januar sind wir insbesondere mit Standaktionen und dem Verteilen von Flyern und kleinen Bhaltis aktiv.

Wiesentalbahn-Ausbau wichtiges Thema

Dominierendes Thema im Wahlkampf ist ein möglicher oberirdischer Ausbau der Wiesentalbahn mitten durch den historischen Dorfkern von Riehen.

Hierzu lancierten wir umgehend nach Veröffentlichung der Pläne eine Petition, welche eine Untertunnelung forderte. Dabei kamen innert kürzester Zeit über 1800 Unterschriften zusammen. Ein grosser Erfolg für die FDP Riehen-Bettingen und ein klares Zeichen der Riehener Bevölkerung. Wir sind nun gespannt, was für eine Lösung der Gemeinderat und der Regierungsrat finden werden. Für uns ist unbestritten, dass Riehen einen finanziellen Beitrag leisten sollte.

Silvia Schweizer wieder in den Gemeinderat

Bei den Gemeinderatswahlen ist es das grosse Ziel, dass alle bürgerlichen Kandidaten die Wiederwahl packen. Wir sind froh, mit **Silvia Schweizer** wieder antreten zu können. Sie hat einen hervorragenden Leistungsausweis vorzuzeigen. Die Schulraumplanung war und ist dabei ein wichtiges Thema.

Schulraumplanung und Tagesstrukturen sind wichtige Anliegen von Silvia Schweizer

Erfreulicherweise ziehen vermehrt junge Familien nach Riehen. Entsprechend hat die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den letzten fünf Jahren um beinahe 20% zugenommen. Konkret sprechen wir von einem Zuwachs von 3 Kindergärten, 7 Primarschulklassen und 2 Einführungsklassen. Mit einer Machbarkeitsstudie und der Gesamtschulraumprognose Riehen-Bettingen zeigt Silvia Schweizer, wie nachhaltig und umsichtig Schulraum in Riehen geschaffen werden kann und wie gleichzeitig der Ausbau der Tagesbetreuung sowie der Tagesstrukturen vorangetrieben werden kann.

Auch das Gewerbe ist wichtig für Riehen

Riehen hat sich in den letzten Jahren zunehmend zur Wohnstadt entwickelt. Wir brauchen aber auch das lokale Gewerbe und den Detailhandel. Sie versorgen die Bevölkerung mit Dienstleistungen und Artikeln des täglichen Bedarfs, sie schaffen Arbeitsplätze und Lehrstellen. Das Gewerbe in Riehen soll die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln.

Daniel Albietz als Gemeindepräsident

Wir unterstützen die Wahl von **Daniel Albietz** zum Gemeindepräsidenten. Er bildet zusammen mit **Silvia Schweizer, Daniel Hettich** und **Felix Wehrli** das Team für den Riehener Gemeinderat, das für die Fortführung der erfolgreichen Politik steht. Geben auch Sie diesen vier Kandidierenden am 6. Februar 2022 Ihre Stimme und wählen Sie für den Einwohnerrat die Liste 1 der FDP Riehen. Danke!

Für das Wahlkampfteam:
Carol Baltermia, Dominik Tschudi



Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG / Hardstrasse 92 / 4052 Basel / 061 311 39 60 / info@st-h.ch / straumannhipp.ch

1. Parteitag des Jahres

17. Januar 2022 – voll digital



Leider war die Covid-Variante Omikron schuld daran, dass wir unseren 1. Parteitag des Jahres statt wie geplant im Wahlkampfort Riehen daheim in digitaler Form durchführen mussten. Dies gelang dank der Computerkompetenz von Luca Urgese ausgezeichnet.

Präsident Johannes Barth durfte rund 70 Personen (Mitglieder, Vertreter der Medien) willkommen heissen. In seiner Begrüssung wies er speziell auf die für die Zukunft des Standortes Basel wichtigen Entscheide zu den Initiativen betreffend Verbot der Tierversuche und Grundrechte für Primaten hin.

Am 13. Februar 2022 stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über vier nationale und eine kantonale Vorlage ab.

Parolenfassung zu den vier eidgenössischen Vorlagen Initiative Tier- und Menschenversuchsverbot

Zu diesem für Basel besonders wichtigen Thema referierte Dr. Birgit Ledermann von Novartis Pharma AG. Sie empfahl, die Nein-Parole zu fassen, denn diese Initiative gefährdet die Forschung in Basel und der Schweiz. Wenn es hier nicht mehr möglich ist, werde es andernorts gemacht, wo weniger strenge Tierschutzvorschriften als in der Schweiz gelten. Einige Votanten betonten die Bedrohung der Initiative für den Standort Basel. Andere wiesen darauf hin, dass dies erst der Anfang von weiteren ähnli-

chen Forderungen seitens extremer «Tierschützer» sein werde. Das werde dann auch auf den Zolli und den Tierpark Lange Erlen Einfluss haben. Man müsse bei aller Sympathie für die Primaten gegen diese extreme Initiative kämpfen. 62 Mitglieder folgten Frau Ledermann und den Votanten und beschlossen einstimmig die **Nein-Parole**.

Tabakwerbeverbot zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Zu dieser Initiative referierte FDP-Vizepräsidentin und Hausärztin Dr. Eva Biland. Sie ist Mitglied des Initiativkomitees, zeigte aber fair beide Seiten auf. Auf der einen Seite ist der Schutz der Heranwachsenden wichtig vor den bekannten Schäden, die durch das Rauchen entstehen. Und je früher mit dem Rauchen begonnen werde, desto schädlicher sei es. Auf der anderen Seite ist es freisinnige Grundhaltung, die Entscheide der Individuen zu respektieren und möglichst wenig in die Märkte regulierend einzugreifen. Einige weitere Voten unterstützten die gesundheitlichen Bedenken und das Verbot, andere die Freiheit. Die 67 Stimmen verteilten sich wie folgt: 25 Ja, 39 Nein, 3 Enthaltungen. Somit gilt die **Nein-Parole**.

Abschaffung der Emissionsabgabe

FDP-Grossrat Luca Urgese stellte die geplante Änderung des Gesetzes vor. Die Stempelgebühr besteht aus Emissionsabgaben (Herausgabe von Aktien, Genossenschaftsscheinen), Versicherungsabgaben auf Policen sowie Umsatzabgaben auf Wertschriftenhandel. Insgesamt ergeben die Abgaben rund 2 Mia. Franken. Mit der Streichung der Emissionsabgaben würde auf 10% oder rund 200 Mio. Franken an Einnahmen verzichtet. Vor allem würden dadurch KMU entlastet. Die Mitgliederbasis beschloss mit 57 Ja zu 5 Nein klar die **Ja-Parole**.

Unterstützung der Medien

Das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien wurde kontradiktorisch vorgestellt. Andrea Fopp von «Bajour» vertrat die Ja-Parole, Christian Keller von «Prime News» die Nein-Parole. Beide machten das sehr gut. Danke. Aber die Meinung, dass der Staat sich nicht mit weiteren Geldern in den Medienmarkt einmischen soll, überwog. Die 64 stimmenden Mitglieder sprachen sich mit 3 Ja, 56 Nein und 5 Enthaltungen gegen das Gesetz aus. Damit gilt die **Nein-Parole**.

Kantonale Vorlage

Initiative für Grundrechte für Primaten

Zuletzt sprach FDP-Fraktionspräsident Erich Bucher zur Initiative «Grundrechte für Primaten» und vertrat die Haltung, dass alle Tiere unseres Schutzes bedürfen, jedoch keine Menschenrechte brauchen. Die Initiative ist zudem gefährlich für den Forschungs- und Bildungsstandort Basel (Uni, Pharma). Das sahen auch die 60 stimmenden FDP-Mitglieder so und fassten zu 100% die **Nein-Parole**.

Verdankung und Verabschiedung

Parteipräsident Johannes Barth verabschiedete zum Schluss des Parteitags den langjährigen Bürgergemeinderat und FDP-Fraktionschef Dr. Markus Grolimund und wünschte dem Nachrückenden Daniel Stolz viel Erfolg (mehr auf Seite 9). Nach zwei Stunden war die digitale Veranstaltung geschafft. Das nächste Mal hoffentlich wieder persönlich.

Edwin Tschopp/Corinna Zigerli

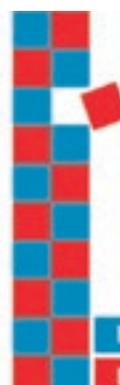
Agenda

6. Februar 2022	1. Wahlgang Riehen
13. Februar 2022	Eidg. Abstimmung
20. März 2022	2. Wahlgang Riehen
25. April 2022	2. Parteitag
15. Mai 2022	Eidg. Abstimmung
22. August 2022	3. Parteitag
25. September	Eidg. Abstimmung
24. Oktober 2022	4. Parteitag

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen 1
Telefon 061 641 03 30 soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen



Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10 +41 (61) 641 17 54
Postfach 108 lergemueller@bluewin.ch
4125 Riehen 1 www.lergemuellerag.ch

Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung
Reparatur- & Wartungsservice

Stete Kommunikation



Wir erarbeiten ein neues Kommunikationskonzept

Sie sehen das Problem. Dennoch wird jeweils der grösste Teil der verfügbaren Budgets genau in diesen heissen Wahlkampfphasen verwendet, anstatt sie in einen langfristigen und nachhaltigen Markenaufbau mit Wiedererkennungswert zu investieren.

Hier möchte der Vorstand der FDP. Die Liberalen Basel-Stadt in Zukunft einen neuen Weg gehen. Denn der Wahlkampf findet nicht nur in den sechs Wochen vor den Wahlen statt, sondern stets und überall. Deshalb erarbeiten wir zur Zeit Kommunikationsmittel, um künftig mit unseren Köpfen und Ideen ganzjährig präsent zu sein. Mit starken Ideen für eine starke Politik. Seien Sie gespannt.

Elias Schäfer

Vizepräsident FDP. Die Liberalen Basel-Stadt

Sie kennen das: Kurz vor den Wahlen wird die Stadt mit Plakaten, Flyern und kreativen und weniger kreativen Give-aways geflutet. Die einzelnen Werbemassnahmen gehen in der schieren Masse unter und es gelingt kaum einer Partei, sich gegenüber den anderen zu differenzieren. Auch die Botschaften sind oft beliebig und austauschbar: «Für eine lebenswerte Stadt». Ja, wer ist da dagegen?

Vielen Dank, Markus Grolimund



Wir danken dem scheidenden Bürgergemeinderat **Markus Grolimund** sehr herzlich für seinen grossen Einsatz zugunsten der Bürgergemeinde, der Stadt und der Basler FDP. Er sass von 2003 bis 2021 im Bürgergemeinderat, wo er in verschiedenen Kommissionen wirkte. Zudem leitete er auch die FDP-Fraktion des Bürgergemeinderates. Er hat sich dabei vorbildlich eingesetzt und wesentlich zum erfolgreichen Wirken der Bürgergemeinde Basel beigetragen.

Er wird **Max Pusterla** als Vertreter der FDP in der Einbürgerungskommission ersetzen, wo er seine grosse Erfahrung einbringen kann. Dazu wird er weiterhin als Richter am Strafgericht tätig sein.

Sein Nachfolger wird **Daniel Stolz**, alt Parteipräsident, ehemaliger Grossrat und Nationalrat. Er übernimmt von Markus Grolimund auch den Vorsitz der Aufsichtskommission. Wir wünschen Daniel Stolz in seiner neuen Funktion viel Erfolg.

Unser Bettinger-Team



Unsere FDP-Mitglieder von der Bettinger Dorfvereinigung (BDV) im Bettinger Gemeinderat: Eva Biland, Vizegemeindepräsidentin, Daniel Schoop, Gemeinderat. Beide leisten sehr gute Arbeit.

dann jedoch durfte ich 2021 bei einer Ersatzwahl in den Gemeinderat von Bettingen einziehen.

Engagement über den Gemeinderat hinaus

Mittlerweile engagiere ich mich nicht nur als Gemeinderat, sondern auch im Vorstand der BDV, in der Projektgruppe Pfarrstelle Bettingen sowie als Beirat der FDP Riehen-Bettingen. Zudem war ich 2020 Wahlkampfleiter unseres Bettinger Grossratskandidaten Dominik Scherrer, der einen hervorragenden Wahlkampf gemacht hat und dem Amtsinhaber 41% der Stimmen abringen konnte.

Interessante Aufgaben im Gemeinderat

Ich habe von meinem im Amt verstorbenen Vorgänger die Bereiche Gesundheit, Freizeit und Sport sowie soziale Sicherheit übernommen. Als studierter Geograph, heisst das für mich, dass ich mich mit Themen beschäftige, mit denen ich beruflich bisher eher wenig Berührungspunkte hatte. Umso mehr bin ich dankbar, mit Eva nicht nur eine versierte und erfahrene Gemeindevizepräsidentin an meiner Seite zu haben, sondern auch eine integre Kollegin, mit der partnerschaftliches Politisieren Spass macht und Erfolg verspricht.

Themen, die eine überkommunale Ausstrahlungskraft haben und auf die ich mich in den nächsten Jahren fokussieren möchte, sind der Verkehr mit Schwerpunkt Tramnetzerweiterung und Ausbau der trinationalen S-Bahn, die Umsetzung des

Energiegesetzes, die für Bettingen aufgrund der Hügellage und der dispersen Bebauung herausfordernd sein wird. Dazu kommt die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Landgemeinden auf Augenhöhe und in Achtung und Schutz der Selbstständigkeit der Gebietskörperschaften.

Aufbauarbeit mit der Kantonalpartei

Dank gebührt unserem ehemaligen Präsidenten Luca Urgese, der die Komplexität der Bettinger Politik erfasst hat und – trotz der schwierigen Konstellation mit zwei nur kommunal aktiven politischen Vereinigungen – mithalf, dass viele Bettinger FDP-Mitglieder in der BDV aktiv sind. Dieser zweite Gemeinderatssitz ist auch ein Verdienst seiner Aufbauarbeit, die in einer schlagfertigen und gut vernetzten FDP-Truppe in Bettingen gemündet hat mit einer starken Kantonalpartei im Rücken.

Mit diesem Wahlerfolg stellt die FDP zwei von fünf Gemeinderäten in Bettingen. Weitere FDP-Mitglieder heissen wir in der BDV herzlich willkommen.

Daniel Schoop

Gemeinderat BDV Bettingen, FDP-Mitglied

Vom Zuzüger zum Gemeinderat in kurzer Zeit

Ein Ur-Bettinger bin ich zwar nicht, dennoch konnte ich mich dank Vernetzung und Unterstützung durch Eva Biland rasch im Dorf bekanntmachen. Durch meine frühere FDP-Mitgliedschaft im QV Grossbasel West war sie mir bestens bekannt. Sie begegnete mir mit grosser Offenheit und viel Vertrauensvorschuss, sodass mein Eintritt in die Bettinger Dorfvereinigung (BDV), einer der beiden politischen Vereinigungen in Bettingen, welche kandidierende für kommunale und kantonale Mandate portiert, nur noch eine Formsache war.

Schon knapp ein Jahr nach meinem Zuzug nominierte mich die BDV als Gemeinderatskandidaten. Beim ersten Versuch 2019 gelang es noch nicht,

Individualbesteuerung für uns alle. Jetzt!

Tamara Alù, Präsidentin FDP Frauen



Wir haben bei der Gleichstellung in den letzten Jahren wichtige Erfolge in vielen Bereichen erzielt. Es ist an der Zeit, das Steuersystem zu modernisieren und Gleichstellung auch in diesem Bereich zu erlangen.

Freiheit ist ein wichtiger Grundpfeiler der FDP. Das heisst, dass wir unser Leben selbstbestimmt leben können. Selbstbestimmung bedarf auch der Gleichstellung. Unsere Gesellschaft ist geprägt von

Diversität und beinhaltet verschiedene partnerschaftliche Lebensmodelle.

Mehr Frauen ins Berufsleben

Die Individualbesteuerung fordert eine zivilstandsunabhängige Besteuerung. Gerade als Wirtschaftspartei ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass Frauen und Männer gleichermaßen am Berufsleben teilnehmen können. Zurzeit nimmt die Benachteiligung von Verheirateten mit zunehmendem Einkommen progressiv zu.

Dies bedeutet, dass für Zweitverdienende gar kein Anreiz besteht, mehr zu arbeiten. Damit bleiben insbesondere viele fachlich gut ausgebildete Frauen der Arbeit fern. Die Individualbesteuerung würde mithelfen, den Fachkräftemangel beheben zu können.

Schweizweite Gleichstellung aller Lebensmodelle auch bei den Steuern

Der Zivilstand soll weder zu Vorteilen noch zu Nachteilen bei den Steuern führen. Dort setzt die Individualbesteuerung an.

Sie stellt beim Steuerrecht alle Lebensmodelle schweizweit gleich, denn die Steuersysteme würden sowohl kantonale als auch auf Bundesstufe angepasst werden.

Individualbesteuerung für uns alle

Die Individualbesteuerung erfordert einen einheitlichen Steuertarif, unabhängig vom Zivilstand. Für uns Frauen, für die Gleichstellung, für uns alle. Jetzt unterstützen: www.individualbesteuerung.ch

Tamara Alù
Präsidentin FDP Frauen Basel-Stadt

Steuern müssen runter!

Motion von Grossrat Luca Urgese

Es erinnert an den Film «Und täglich grüsst das Murmeltier»: Jedes Jahr verkündet der Kanton einen Überschuss in dreistelliger Millionenhöhe. Er nimmt also seit Jahren mehr Geld ein, als er braucht.

Im Grossen Rat sitzt das Portemonnaie daher ziemlich locker. Die FDP fordert eine Steuersenkung, damit mehr Geld im Portemonnaie der Bevölkerung bleibt.

Einige Vorstösse hängig

Es sind derzeit im Grossen Rat mehrere Vorstösse hängig, die höhere Steuerabzüge fordern. Darunter auch ein Vorstoss von Grossrat Mark Eichner, FDP Kleinbasel, für einen höheren Kinderbetreuungsabzug. So richtig und unterstützenswert diese Vorstösse sind, führen sie jedoch dazu, dass der Anteil derjenigen Personen, die gar keine Einkommenssteuern bezahlen, stetig zunimmt. Die Steuerlast verteilt sich dann auf immer weniger Schultern. Staatspolitisch ist das nicht unproblematisch.

Einkommensteuersatz senken!

Mit einer Motion fordern wir daher eine Senkung des Einkommenssteuersatzes. Leisten kann sich unser Kanton das ohne weiteres. Trotz Pandemie wird für 2021 ein Überschuss von 108 Millionen Franken erwartet. Und auch die zweifellos not-

wendigen Investitionen für Infrastruktur und Klimaschutz bewegen sich auf einem anhaltend hohen Niveau. Die Motion wird voraussichtlich in der Februar-Sitzung des Grossen Rats behandelt.

Luca Urgese
Grossrat FDP Grossbasel West

KMU stärken. Arbeitsplätze sichern.

JA 13. Februar

Änderung Stempelabgaben-Gesetz
stempelabgabengesetz.ch



FDP zum Budget 2022

Votum von Grossrat Mark Eichner

An der Sitzung des Grossen Rates vom Mittwoch, dem 15. Dezember 2021, nahm FDP-Grossrat Mark Eichner im Namen der FDP-Fraktion Stellung zu einigen Punkten im Bericht der Finanzkommission zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2022.

Das Budget 2022 ist nach 2021 das zweite, das von der Covid-19-Pandemie geprägt ist. Dadurch sind im Budget einige Unsicherheiten enthalten.

Trotzdem wurden im Budgetbericht die erwarteten Zahlen wie in den Jahren ohne Pandemie mit Vergleichen des Vorjahresbudgets und des vorletzten Rechnungsjahrs dargestellt. An sich wäre oft auch der Vergleich zum Budget 2020 interessant, das ja noch ohne Pandemie-Wirtschaft erstellt wurde. Trotzdem bin ich etwas zuversichtlicher als noch vor einem Jahr, dass die bald zweijährige Erfahrung im Umgang mit der Pandemie dem Zahlenwerk ein gewisses Fundament mitgibt, so dass wir uns nicht komplett im Blindflug befinden.

Langfristig wird OECD-Steuerreform wichtig

Vermutlich viel gewichtiger für die langfristige Entwicklung des Finanzhaushalts unseres Kantons als die gegenwärtige Pandemie sind die Auswirkungen der von der OECD beschlossenen Steuerreform: Verschiebung der Besteuerung in Absatzmärkte der grössten global tätigen Unternehmen und die Einführung einer Mindestbesteuerung von 15% der Gewinne der international tätigen Unternehmen.

Angesichts des weltweiten Erfolgs einiger grossen in Basel ansässigen Unternehmen könnte diese Steuerreform nicht nur zu einem substanziellen Rückgang der Erträge der Gewinn- und Kapitalsteuern führen, sondern den Wirtschaftsstandort als solchen massiv treffen und zu einer tieferen Wertschöpfung allgemein und damit insgesamt zu viel tieferen Einnahmen auf allen Ebenen führen.

Dass unter solch drohenden Szenarien die grösste Regierungspartei die Ja-Parole für wirtschaftsfeindliche Volksbegehren wie die Primaten-Grundrecht-Initiative fasst, ist für mich unverständlich und verantwortungslos.

Einnahmenseite genau beobachten

Im Auge behalten muss man daher auf der Einnahmenseite nicht nur die rund CHF 500 Mio. an Gewinn- und Kapitalsteuern, sondern eben auch die Einkommenssteuern von rund CHF 1,5 Mrd. und die Vermögenssteuern von rund CHF 360 Mio., und die Quellensteuer, die dank der Vielzahl der

hochqualifizierten ausländischen Arbeitskräfte neben den Erträgen der Grenzgänger doch satte CHF 136 Mio. an Einnahmen generieren soll. Verliert der Wirtschaftsstandort an Attraktivität oder steigt das Steuerniveau im internationalen Vergleich zu stark an, wird es den Unternehmungen nicht mehr möglich und zu wenig attraktiv sein, am hiesigen Standort bei so hohen Lohnkosten ihre zentralen Funktionen anzusiedeln.

Koordination mit Bund wichtig

Der Regierungsrat tut also gut daran, bei der Umsetzung der OECD-Reform die Interessen des Standorts in Bern gut zu vertreten und dafür zu sorgen, dass Bern seinerseits sich proaktiv in die internationale Diskussion einbringt. Die Aussage des Vorstehers des eidgenössischen Finanzdepartements, dass nur eine Handvoll Firmen von einem Teil der Reformen betroffen seien, wirkt auf mich wenig vertrauenserweckend.

Einkommens- und Vermögenssteuertarife senken

Führt diese Reform effektiv zu einer höheren Besteuerung der Unternehmen, muss erst recht auf Stufe der natürlichen Personen die Steuerbelastung sinken, soll unsere Region für zentrale Dienstleistungen internationaler Unternehmer und ihrer Führungskräfte weiterhin attraktiv bleiben. Die hohen Einkommens- und Vermögenssteuertarife beinhalten ja durchaus noch viel Potenzial nach unten!

FDP ist besorgt über Ausgabenwachstum

Nach diesem Ausflug ins internationale Steuerregime nun zurück zu unserem Kantonshaushalt und dem Budgetbericht 2022: Die FDP ist nach wie vor besorgt über die Entwicklung des Ausgabenwachstums. Zwar anerkennt sie, dass Veränderungen der Bevölkerungsstruktur zu Mehrausgaben führen können (etwa eine höhere Anzahl Schüler), doch bleibt bei der Finanzplanung beunruhigend, dass sich das Kostenwachstum beschleunigt.

Gut, dass es bei der Digitalisierung vorwärtsgeht

Erfreulich ist hingegen, dass sowohl bei den Legislaturzielen als auch bei den Berichten der einzelnen Departemente der Digitalisierung grosse Bedeutung beigemessen wird.

Nur ist ja die Digitalisierung nicht «l'art pour l'art». Vielmehr fehlt konsequent bei allen Investitionen mit Digitalisierungsziel die Gegenüberstellung von eingesparten Kosten, v. a. im Personalbereich. Geht man verstärkt ins Detail, sieht man es

auch bei der Begründung der meisten IT-Projekte: So ist stets von Effizienzgewinnen die Rede, die dann aber nicht beziffert werden, und in den späteren Rechnungen auch nicht ausgewiesen werden.

FDP ist gegen ungebremsten Stellenzuwachs

Dass trotz der vielen Investitionen in verbesserte Arbeitsabläufe der Headcount so rasch weiter ansteigt und 2022 die Marke von 9000 Vollzeitstellen überschreiten wird, ist überaus besorgniserregend.

Es fehlt die finanzielle Nachhaltigkeit

Ebenso wenig finanziell nachhaltig ist die Tatsache, dass der Kantonshaushalt auf ein positives Finanzergebnis angewiesen ist. Bei Betriebserträgen von CHF 3,2 Mrd. dürfte man damit rechnen, dass ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht werden kann. Doch auch für das Jahr 2022 budgetiert der Regierungsrat mit einem Defizit im Betriebsergebnis von knapp CHF –161 Mio., das sich nur durch ein positives Finanzergebnis von CHF 240 Mio. zum budgetierten Gewinn von CHF 78 Mio. kehrt. Schon nur leicht steigende Zinsen brächten diese Rechnung aus dem Gleichgewicht.

Bemerkungen zu einzelnen Punkten

Die FDP begrüsst, dass sich die Sozialausgaben stabilisieren. Hier hat der Anzug von Luca Urgese für ein «Pilotprojekt für eine Reduktion der Sozialhilfekosten» zwar kurzfristig höhere Personalausgaben verursacht, die Tendenz der Sozialhilfekosten geht aber in die richtige Richtung und die Investitionen scheinen sich zu lohnen.

Kritisch hinterfragt die FDP, die auf dreieinhalb Jahre angelegte Koordinationsstelle für prekäre Wohnverhältnisse in den Regelbetrieb zu überführen. Und nicht anders als «gesucht» kann man die im Bericht dargestellte Popularisierung der Denkmalpflege bezeichnen. Dass da ein krasser Widerspruch zur sonst propagierten Verdichtung und städtebaulichen und raumplanerischen Entwicklung besteht, ist offensichtlich.

Wunsch der FDP und Zustimmung

Für die nächsten Jahre wäre der Einbezug der Projektierung für das laufende Jahr hilfreich (nicht nur Vergleiche des Budgets des laufenden Jahres und des Ergebnisses der vorletzten Rechnungsperiode).

Die FDP folgt insgesamt der Finanzkommission und stimmt dem Budget 2022 zu.

Mark Eichner
Grossrat FDP Kleinbasel

Wir gedenken Roland Rudolf Vögli



Am 1. Dezember 2021 ist Roland Vögli nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren verstorben. Roland prägte das Kleinbasel und die FDP. 1972 trat er der FDP bei und war während Jahrzehnten Vorstandsmitglied und Vizepräsident des damaligen Quartiervereins Unteres Kleinbasel/Kleinhüningen.

Im Oktober 2000 wurde Roland in den Grossen Rat gewählt. Er vertrat die Interessen der FDP in der Finanzkommission, in der Petitions- sowie in der Denkmalsubventionskommission. Während 15 Jahren hielt er im Grossen Rat die Fahne für das Kleinbasel hoch und setzte sich voller Leidenschaft für das mindere Basel ein.

Roland hatte stets ein offenes Ohr für die Leute im Kleinbasel – er setzte sich mit viel Vehemenz für kleinere und grössere Anliegen ein. So kämpfte er während Jahren erfolgreich dafür, dass das Kleinhüningen vom Lastwagenverkehr durch eine

Autobahnzufahrt entlastet wurde. Die Verkehrspolitik lag Roland Vögli immer ganz speziell am Herzen.

Ende 2015, im Alter von 66 Jahren, verabschiedete er sich aus dem Grossen Rat mit den Worten «Mit 66ig fängt das Leben an!». So war unser Roland: immer rastlos mit Vorwärtsdrang und voller Ideen. Sein nächstes grosses Projekt nach dem Rücktritt aus dem Grossen Rat war die Gründung der Kleinbasler Zeitung.

Die FDP hat Roland Vögli viel zu verdanken. Er trug zusammen mit der ehemaligen und leider auch viel zu früh verstorbenen Präsidentin Renate Köhler wesentlich dazu bei, dass der Vorstand des Quartiervereins Unteres Kleinbasel/Kleinhüningen immer auch eine grosse Familie war und die Freundschaft und Geselligkeit weit über die Politik hinaus gepflegt wurde.

Roland hat sich immer voller Tatendrang für die Verschönerung und Aufwertung Kleinbasels eingesetzt und wesentlich zum Aufbau des Claramatenfestes beigetragen. Er war auch langjähriges Vorstandsmitglied der IG Kleinbasel.

Bekannt war Roland aber auch für sein Kleidergeschäft. 1979 übernahm er das Geschäft von seinem Vater und machte Vögli-Mode weit über die Grenzen Kleinbasels hinaus bekannt.

Der Verlust von Roland wiegt gross für die FDP und das ganze Kleinbasel. Wir schätzten Roland sehr, er war ein grosszügiger, ideenreicher und humorvoller Mensch mit Ecken und Kanten.

Wir vermissen dich, Roland, und wir werden dich stets in liebevoller Erinnerung behalten.

Giovanni Nanni, alt Grossrat FDP Kleinbasel
Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel

FDP Grossbasel Ost

Skiweekend in Klosters erst am 26./27. März

Zuerst wünschen wir allen Mitgliedern ein gutes und gesundes neues Jahr. Üblicherweise treffen wir uns jeweils im Januar zum beliebten Schneewekend, doch dieses Jahr wird es erst am 26./27. März in Klosters stattfinden. Es ist dann weniger kalt und die Corona-Zahlen hoffentlich etwas tiefer! Die einen gehen auf die Ski, andere gehen schlitteln und wandern. Zum Apéro und dem feinen Abendessen am Samstag und beim Frühstück am Sonntag sind alle zusammen. Erika und Stephan Maurer organisieren dieses Weekend immer traumhaft. Der Unkostenbeitrag für Übernachtung und Verpflegung beträgt nur 100 Franken pro Person.



Foto Erika Maurer

Öffnungszeiten der Gastrobetriebe am Tellplatz

2020 haben sich mehrere Mitglieder der FDP Grossbasel-Ost für die Petition für verlängerte Öffnungszeiten der Gastrobetriebe am Tellplatz eingesetzt. Eigentlich hatte es sich seit einigen Jahren eingespielt, dass diese unter der Woche bis 24 Uhr und Freitag/Samstag bis 1 Uhr draussen ihre Kunden bedienen dürfen. Doch plötzlich gab es eine Intervention der Polizei, da die Schlusszeiten gesetzlich 23 Uhr bzw. 24 Uhr seien. Dank unserer Petition hat der Regierungsrat den Boulevard Innerstadt auf den Tellplatz als Quartierzentrum erweitert und die Corona-geplagten Beizen können ab Sommer 2022 wieder zu den alten Öffnungszeiten Gäste bewirten. Das ist eminent wichtig.

Wir wollen uns mehr zeigen

Weiter haben wir entschieden, dass wir 2022 wieder vermehrt auf die Strasse gehen und uns öffentlich präsentieren. Damit man uns auch erkennt, haben wir einen Stand mit einem grossen FDP-Logo besorgt. Voraussichtlich werden wir in Kürze bereits die ersten Unterschriftensammlungen mit diesem Stand organisieren.

Weiter sind Anlässe zu den Projekten am Bahnhof SBB und zu anderen Grossprojekten geplant. Die Behandlung des Projektes Dreispitz Nord, welches wir im Frühjahr 2021 präsentiert haben, ist leider etwas verzögert und wird wohl erst im zweiten Halbjahr 2022 vor den Grossen Rat kommen.

Isabelle Mati und David Friedmann
Co-Präsidium FDP Grossbasel Ost



Fotos André Auderset

Trotz Corona-Einschränkungen trafen sich am 7. Dezember 2021 zahlreiche FDPler und LDPler in geselliger Runde zum traditionellen «Fäade zieh» im Kultlokal Schafneck im Kleinbasel. Den beiden Organisatoren André Auderset und Daniel Seiler sei gedankt. Wir kommen gerne wieder – ohne Corona.

Dasch my Mainig

Proloog

Der Uffruef, me soll doch au ebbis fir d FDP-Zytig schryybe,

haan y zwaar gläase, aber denn doch s Schryybe lo blyybe.

Doch in letschter Zyt, s isch zwaar no z frieh zem fyyre,

daarf me bii uns glaar en neye frische Wind verspyyre.

Es foot aa bim neye Vorstand und unserem neye Breesidänt.

Und au vo unsre Lyt im Groosse Root, und daas isch eminänt,

heert me meh, und daas bii Theme, doo druff mecht y der Finger heebe,

wo d Lyt uff der Strooss, also meegli Wähler vo uns, au dien beweege!

liber Weeloofahrendy und Verkehrsreegle

Hailoos groossi Gnuegdueig haa nit numme ich kaa, dass em **Erich Bucher** sy Interpellation beträffend em ungesetzlige wie au gefährliche Verhalte vo Weelofahrerinne und Weelofahrer au e groosses Echo z. B. in der BaZ gfunde het und sogar vo llinger Syte Understützig bikoo het. Ebbe, daas isch jetzt e Byschbiil vom ene Thema – wie s Bättle in der Stadt –, wo de Lyt vo der Strooss under de Nee-gel brennt!

Um so unverständlicher, dass e Hiiwys vo ältere FDPler uff Grund vo vyyle Ruggmäldige «vo der Strooss» im Jahr 2020 no mit der Begründig «mir gryfe doch nit d Weeloofahrer aa», negiert worden isch! Doch, wenn als wie meh Weeloofahrer sich nit an Verkehrsreegle halte, muess daas fir uns e Thema sy! Und mit dääre Interpellation sinn jo die-jeenige, wo d Verkehrsreegle yyhalte nit gmaint gsii! Hoffe mir, dass unseri Bolizey uff Grund vo dääre Interpellation ändlig schärfer kaa duregryffe!

Aggtuely Gschäft im Groosse Root!

In nägschter Zyt kemme Gschäft in Groosse Root wo unseri Verdrättig, schyych gsait, unbedingt am Ball muess sy!

Als Erschts: d Uffheebig vo Drammhaltstelle

Kuum isch daas BVB-Projäggt in de Meedie bräsänt gsii, het sich der Neutrali Quartierverain Kannefäld uff Grund vo vyyle Aafrooge vo Mitglieder (ebbe vom Quartier bzw. vo der Strooss!) bii mir gmäldet! Sii hänn graad welle e Petition staarte und dermit fir d Byybehaltig vo der 3er-Haltstell «Im Westfeld» kämpfe! Daas isch schynts aber noonig neetig, doo daas Gschäft zerscht in Groosse Root kunnt und deert au unseri Bardey wo berächtigt, grytisch wird der Finger druff heebe!

Die ney Gebyhreornig!

Noo siibe(!) Jahr kunnt die neyi Gebyhreornig im Groosse Root ändlig zur Vernähmlässig. Laider erscht no mit em hailoos schwääre Geburtsfähler! Selle doch die zem greeschte Dail ehrenamtlig wirrgende Organisatore vom «Em Bebbi sy Jazz», vom «Summerblues im Glaibasel» oder vom «Jugendkultur-Festival» vo alle in ihre Feschtareal wirrgende Baizli und Verkaufsständ kaini Standgebeyhre meh verlange deerfe!

Derby sinn daas in ihre Budget hailoos wichtigi Ynahme, um mindeschtens e schwaarzi Null kenne z schrybe! Under uns gsait isch daas bim «Em Bebbi sy Jazz» e Bedraag vo 60 000 Frangge!

Erfrailigerwys het der **Elias Schäfer** in der «Gundeldinger Zytig» däa Fall glaar und dytlig uffgriffe und e soo verdanggenwärterwys au unserer Fragg-tion «d Schlyffi aadriibe»!

Der Fall «Lärmkontigänt»

Däa unverständligi Entscheid vom AUE, dass die (schynts) so beliebte «Musikalische Summersprosse-Konzärt» im Kannefäldpargg wäägem «Lärmkontigänt» hänn miesse kiirzt wääde, het vyyl greesseri Wälle usgleest, als daas d Organisatoore glaubt und ghoft hänn!

Daas die so beliebti Art vo Muusig under Läärm fällt, hänn au d Muusiiger endyscht zur Kenntnis gnoh. Und vo der Noochbrschaft isch bii dääne feyne Konzärt bis am zähni Znacht in 10 Jahr no nie e Regglamation ydroffe!

(Sytehib: Der Regierigsbreesidänt Beat Jans het in sym Wahlkampf de Kulturschaffende iibrigens versproche, dass är e Regierig wintscht, wo duet ermeegliche und nit verhindere!)

Divärsi Meediebricht, understützendi Reagg-tioone vo «Kulturstadt jetzt», Interpellatione vo Liberaler- und SP-Syte (ohni Woort!) sinn au der Ussleeser gsii, uff vyylsitige Wunsch e Petition z staarte! Mit em Sammler noo zwai Konzärt, am FDP-Grillfescht (merci nonemol!) uff em «Yysweyer» und an ere Bangsionirte-Wanderig sinn innert Kiirzi iiber 800 Underschriftte zämme koo!

Fir die groossi Understützig bii der Ussleesig und bii der Yygoob dangg y de FDPler **Thomas Dähler**, **Bruno Mazzotti** und **Sandro Gröflin** härzlig!

D Petitionskommission under der Laitig vo unserer **Karin Sartorius** het ihre erfrailig glaare Bricht aistimmig an d Regierig wyterglaitet.

Y wintsch eych en erfrailigs und gsunds 2022 und eych wie au der FDP vyyl Erfolg!

Emu aka Ernst Mutschler, alt FDP-Grossrat

Haben auch Sie Lust, einmal hier Ihre Meinung zu schreiben? Mail an: info@fdp-bs.ch.

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schief gelaufen, das nicht hätte schief laufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Wir Bürgerlichen kauen noch an der Niederlage bei der «echten» Wohnschutz-, äh... realen Wohnhausenteignungsinitiative. Haben wir wirklich rechtzeitig alles unternommen, um die Niederlage abzuwenden? Oder haben wir uns – wie das Reh im Schweinwerferlicht – in die Niederlage ergeben? Das «Naturgesetz» in Basel-Stadt scheint zu sein, dass Rotgrüne mit der GLP nach Gutdünken bestimmen und vermeintlich böse Hausbesitzende und angeblich unverdient Gutverdienende ausnehmen wie gestopfte Gänse. Wundert sich da noch jemand, wenn «Mitbürgende» weiterhin den Kanton verlassen und Steuersubstrat verloren geht?

Den «Basler Finish» gibt es nicht nur beim so genannten Wohnschutz. Er ist allerorten: Strengere Covid-Massnahmen als andernorts und für jede Minderheit soll eine eigene Fachstelle her. Anscheinend ist das Gleichstellungsbüro nur von Frauen für Frauen, so dass eine weitere Stelle für LGBTQ+-Anliegen budgetiert werden soll. Wo? Natürlich im «Woke»-Departement (vulgo Präsidialdepartement). Alles so nützlich wie ein Chropf!

Wenn «unsere» Regierung etwas gut kann, dann ist es erstens, den Stellenzuwachs in der Verwaltung zu fördern, und zweitens, den Parkplatzabbau rigoros zu betreiben (Neubad!). Da outet sich Politik als Sektiererei, wie frau rund um die Eröffnung des Kunstmuseumparkings beobachten und hören konnte. Und nun ein weiterer Höhepunkt der Sektiererei: Politikpersonen aus der UVEK fordern flächendeckend Tempo 30. «Schleichen für alle» auf den Hauptverkehrsachsen, welche den Verkehr aus den Quartieren sammeln sollten. Sollen auch unsere bereits schweizweit langsamsten Trämler und Busse nochmals langsamer werden?

Mal «hüsch» und mal «hott»: peinliches Hin und Her im WSU unter RR Kaspar Sutter. Zuerst Preis für Fernheizung um brutale 12,5% rauf, dann (vorerst?) doch nicht. Dafür gibt es Schimpfiss vom Preisüberwacher. Weiss da die Linke, was sie tut?

Gesunde Bäume fällen fürs Design? Scheinbar okay («Gällets, Frau RR Keller?»). Hauptsache, das wird vom Mehrwertabgabefonds finanziert, da muss man nicht das störende Parlament fragen.

Der Wunsch von RRP Beat Jans, Klimahauptstadtpräsident zu werden, ist tot. Die «böse» EU hat die Wettbewerbsteilnahme abgelehnt, denn wir sind ja nicht in diesem Verein. Aber es wird «unserem» Präsidenten bestimmt etwas anderes einfallen, das ihm etwas Profil verleiht.

Rathaustürsteher



Mehr Spielraum für Wohlfahrtsfonds

Vorstoss von Nationalrätin Daniela Schneeberger

Wohlfahrtsfonds von Unternehmen möchten heute andere Aufgaben wahrnehmen als zu ihren Gründungszeiten. Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger zugunsten der patronalen Fonds stiess in den Kommissionen auf Zustimmung.

Lange bevor das sorgfältig austarierte 3-Säulen-System die Schweizer Altersvorsorge regelte, sorgten oft Unternehmen für die berufliche Vorsorge ihrer Angestellten. Besonders in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gründeten viele Firmeninhaber sogenannte patronale Wohlfahrtsfonds, um ihre Beschäftigten bei Krankheit, Tod, Invalidität und Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Da der Sozialstaat im Verlauf des 20. Jahrhunderts stetig weiter ausgebaut wurde und die Wohlfahrtsfonds strengeren Vorschriften unterlagen, nahm deren Zahl und Bedeutung kontinuierlich ab. Der ehemalige FDP-Präsident Fulvio Pelli versuchte dieser Entwicklung entgegenzuwirken und konnte 2016 mit einer parlamentarischen Initiative erreichen, dass Wohlfahrtsfonds neu definiert und bürokratische Hürden abgebaut wurden. Letztere sind allerdings immer noch hoch und sorgen dafür, dass Wohlfahrtsfonds oft mit Behörden diskutieren müssen, bevor sie Leistungen erbringen können. Dies, obwohl unbürokratische Zahlungen gerade ein Vorteil von Wohlfahrtsfonds gegenüber staatlichen Institutionen sind.

Gegen den Rückgang von Wohlfahrtsfonds

Nationalrätin Daniela Schneeberger hat diese Problematik erkannt und eine parlamentarische Initiative dazu eingereicht. Diese fordert, dass Wohlfahrtsfonds im Rahmen ihrer Zwecksetzung auch Leistungen zur Prävention bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit (und nicht nur in Notlagen einzelner Destinatäre) beziehungsweise bei Alter, Tod und Invalidität ausrichten können. «Die Zahl der Wohlfahrtsfonds nahm aufgrund komplexer Bestimmungen ab. Das ist schade, da sie viel Gutes leisten. Mit meinem Vorstoss will ich den Wohlfahrtsfonds mehr Flexibilität ermöglichen.» Die Wohlfahrtsfonds sind von den Arbeitgebern finanziert und können den Sozialstaat entlasten. Dafür benötigen sie jedoch einen gewissen Spielraum.

Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger, die auch den Verband patronfonds präsidiert, ist daher auch eine freisinnige Forderung: «Weniger Administration und Eigenverantwortung der Unternehmen sind klassische liberale



Daniela Schneeberger setzt sich für Wohlfahrtsfonds ein.

Anliegen.» Sowohl in der Sozial- und Gesundheitskommission des Nationalrats wie auch in jener des Ständerats erhielt das Begehren für die Wohlfahrtsfonds Zustimmung. Die Baselbieter Nationalrätin ist zuversichtlich, dass dies auch in der Ratsdebatte so sein wird: «In der Kommission gab es einige wenige Bedenken punkto Missbrauchsgefahr. Grundsätzlich war aber kein Widerstand zu spüren.» Bei einer Annahme der parlamentarischen Initiative hofft Schneeberger, dass die Verantwortlichen der Wohlfahrtsfonds die neuen Möglichkeiten nutzen und ihre Leistungen ohne bürokratische Einschränkungen dem Zeitgeist anpassen können.

Marco Wölfli



«Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?

Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Alters-

vorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?

Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle

spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr? Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr? Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen? Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidentschaftsjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist? Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welcher schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene? Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.



Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele? Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschaftler, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir darin dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret? Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was



In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch? Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022? Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli

«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»

Schauen Sie das ganze Interview als Video.



Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.
Foto: Désirée Dittes



Erfolge trotz oder gerade wegen der Corona-Krise

Halbzeit-Bilanz der 51. Legislatur

In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem

Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen

Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwelter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungsteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberalen-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzvereinbarung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO₂-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

Beat Walti,
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP



Rückenwind für die die neue Legislatur

FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altherwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei



Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfes auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

Marco Wölfli



Unternehmertum jetzt stärken

Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe
auf Eigenkapital

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schwei-

zer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhö-



hung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.

Foto: iStock/vlado85rs



Es droht ein faktisches Werbeverbot

Nein zur extremen Tabak-Initiative

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in

Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverböten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verboten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktever-



«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

boten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Abstimmung

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.

Foto: iStock/Niphon Khiawprommas

Extremes Begehren bedroht die Forschung

Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbu-

sen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit



Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland



Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Wohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandstreitungen zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unter-

schriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente



Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen einstehen, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

**Lucio Sansano, Master-Mentee,
Präsident Jungfreisinnige Baselland
und Wohnerrat Reinach BL**

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz



Liberaler Austausch in Warschau

Bereichernde Workshops für bessere Parteiarbeit

Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampf Helfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhin-

dert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venstre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu auf-



Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

wendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

**Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/
Campaigner**
Arnaud Bonvin, Kommunikationschef

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben



NEIN

Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

AGENDA

12. Februar 2022, Montreux
Delegiertenversammlung

25. Juni 2022, Uri
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

Linkes Kaffeesatzlesen



Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédric Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédric Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédric, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

KMU stärken

Unsinnige Steuer abschaffen



JA 13. Februar

Änderung
Stempelabgaben-Gesetz

FDP
Die Liberalen
